

ÖFFENTLICHES RECHT UND EUROPARECHT AKTUELL.



AUSGABE 28 | 13.07.2018

Institut für Europarecht | Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre
Redaktionelle Leitung: Assoz. Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler | Univ.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer

I. BUNDESGESETZBLATT

[BGBl I 38/2018](#)

Bundesgesetz zur Festlegung einheitlicher **Standards beim Infrastrukturaufbau für alternative Kraftstoffe** (Umsetzung der RL 2014/94/EU über den Aufbau der Infrastruktur für alternative Kraftstoffe; Festlegung einer Verordnungsermächtigung, um die Umsetzung der zu erfüllenden technischen Spezifikationen für Strom-, Wasserstoff- und Erdgastankstellen zu gewährleisten; Normierung bestimmter Rechte und Pflichten, die der Betreiber eines öffentlich zugänglichen Ladepunkts zu erfüllen hat)

[BGBl I 39/2018](#)

Änderung des **Umweltförderungsgesetzes** (Sicherstellung der Möglichkeit zur Fortführung einer effizienten Anreizförderung für Investitionen zur thermischen Sanierung von Wohnbauten und betrieblichen Gebäuden bis 2020 insbesondere zur Reduktion des Endenergieeinsatzes und der Treibhausgasemissionen bis 2020)

[BGBl I 40/2018](#)

Bundesgesetz über Maßnahmen zum Schutz der Pflanzen vor Pflanzenschädlingen (**Pflanzenschutzgesetz 2018**) (Verbesserung der phytosanitären Sicherheit; Verhinderung der Einschleppung bzw weiteren Ausbreitung gefährlicher Pflanzenschädlinge; Steigerung der Effizienz der amtlichen Kontrollen; Ausweitung der Pflanzenpasspflicht für sämtliche B2B Handelsströme; Verschärfung der Einfuhrkontrollen; harmonisierte Monitoring- und bei festgestelltem Befall Ausmerzverpflichtungen)

[BGBl I 41/2018](#)

Bundesgesetz, mit dem das **Schülervertretungengesetz** geändert wird (Verankerung bzw Einführung einer Vollversammlung der Schülervertreter (Schülerparlament); Regelungen betreffend Zusammensetzung und Abwicklung des Schülerparlaments; Anpassungen an die geänderten Ressortbezeichnungen gem der BundesministerienG-Novelle 2017)

[BGBl I 42/2018](#)

Bundesgesetz, mit dem die Straßenverkehrsordnung 1960 geändert wird (**29. StVO-Novelle**) (Steigerung der Leistungsfähigkeit von hochbelasteten Autobahnabschnitten; Erhöhung der Anzahl der Fahrstreifen ohne aufwändige Verbreiterung; Steigerung der Verkehrssicherheit durch geringere Stauerscheinungen und damit bedingte Reduzierung von Auffahrunfällen; Schaffung einer Verordnungsermächtigung betreffend Festlegung von Autobahnabschnitten, auf denen die Pannestreifenfreigabe erlaubt werden kann; Festlegung der Voraussetzungen für die Pannestreifenfreigabe; Schaffung eines neuen Hinweiszeichens, das die Fahrzeuglenker über die Pannestreifenfreigabe informiert)

[BGBl I 43/2018](#)

Bundesgesetz, mit dem das **Privatschulgesetz** geändert wird (Erweiterung der Anforderungen an die pädagogische und schuladministrative Leitung der Privatschule um den Nachweis der vorhandenen Sprachkompetenz in der deutschen Sprache auf Referenzniveau C1 iSd Gemeinsamen Europäischen Referenzrahmens (GER) für Sprachen; Anpassung der Voraussetzungen hinsichtlich der Führung einer gesetzlich geregelten Schulartbezeichnung für die Errichtung von Privatschulclustern; Anpassung an die geänderten Ressortbezeichnungen durch die Bundesministeriengesetz-Novelle 2017)

[BGBl I 44/2018](#)

Bundesgesetz, mit dem das **Chemikaliengesetz 1996**, das **Wasserrechtsgesetz 1959** und das **Abfallwirtschaftsgesetz 2002** geändert werden (Erlassung flankierender Regelungen zur neuen EU-QuecksilberVO; Aufhebung obsoleter Vorschriften; Anpassung an die VO (EG) 1272/2008 über die Einstufung, Kennzeichnung und Verpackung von Stoffen und Gemischen; Anpassung an die geänderten Ressortbezeichnungen durch die Bundesministeriengesetz-Novelle 2017)

[BGBl I 45/2018](#)

Bundesgesetz, mit dem die **Gewerbeordnung 1994** geändert wird (Umsetzung der Anforderungen der RL (EU) 2015/2302 an den Insolvenzschutz im Falle von Pauschalreisen und vermittelten verbundenen Reiseleistungen sowie der Einrichtung einer zentralen Kontaktstelle beim Bundesministerium für Digitalisierung und Wirtschaftsstandort zur Erleichterung der Verwaltungszusammenarbeit mit den in anderen Mitgliedstaaten der Europäischen Union errichteten zentralen Kontaktstellen; Erleichterung des Nachweises des von der RL geforderten Vorliegens des Insolvenzschutzes für die betroffenen Gewerbetreibenden)

[BGBl I 46/2018](#)

Bundesgesetz, mit dem das **Marktordnungsgesetz 2007 – MOG 2007** geändert wird (Anpassung an die aktuelle EU-Rechtslage; Nutzung der neuen Spielräume zur Verringerung des Verwaltungsaufwands sowie zur Entlastung für Verwaltung, Bürger und Unternehmen; Vermeidung weiterer Finanzkorrekturen durch EU-rechtskonforme Ausgestaltung; Beitrag zur Umsetzung der Rechnungshof-Empfehlung betreffend Kostentragung bei Anlastungen im Agrarbereich)

[BGBl I 47/2018](#)

Änderung des **Gefahrgutbeförderungsgesetzes** (GGBG-Novelle 2018) (Herstellung der Völker- und Unionsrechtskonformität; Absicherung des erforderlichen Ausbildungsstands aller Personalkategorien für die Luftbeförderung; Angleichung der Rechte und Pflichten bei Kontrollen und bei Untersuchungen nach Meldungen; Einführung von Maßnahmen hinsichtlich der Reaktion bei Missständen; Nichtvornahme von den internationalen Gefahrgut-Übereinkommen abweichenden Pflichtenverteilungen, allfällige Verstöße dagegen werden jedoch straffrei gestellt)

[BGBl II 172/2018](#)

Verordnung der Bundesministerin für Digitalisierung und Wirtschaftsstandort, mit der die Verordnung über genehmigungsfreie Arten von Betriebsanlagen (**2. Genehmigungsfreistellungsverordnung**) geändert wird

[BGBl II 178/2018](#)

Verordnung der Bundesministerin für Nachhaltigkeit und Tourismus, mit der die RecyclingholzV geändert wird (**RecyclingholzV Novelle 2018**)

II. AMTSBLATT DER EU

[ABl L 171 v 06.07.2018, 1](#)

Verordnung (EU) 2018/946 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 4. Juli 2018 zur Ersetzung der Anhänge A und B der Verordnung (EU) 2015/848 über **Insolvenzverfahren**

[ABI L 171 v 06.07.2018, 11](#)

Beschluss (EU) 2018/947 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 4. Juli 2018 über eine weitere **Makrofinanzhilfe** für die **Ukraine**

[ABI L 173 v 09.07.2018, 1](#)

Verordnung (EU) 2018/956 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 28. Juni 2018 über die Überwachung und Meldung der **CO2-Emissionen** und des Kraftstoffverbrauchs neuer schwerer Nutzfahrzeuge

[ABI L 173 v 09.07.2018, 16](#)

Richtlinie (EU) 2018/957 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 28. Juni 2018 zur Änderung der Richtlinie 96/71/EG über die **Entsendung von Arbeitnehmern** im Rahmen der Erbringung von Dienstleistungen

[ABI L 173 v 09.07.2018, 25](#)

Richtlinie (EU) 2018/958 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 28. Juni 2018 über eine Verhältnismäßigkeitsprüfung vor Erlass neuer **Berufsreglementierungen**

III. VFGH, VWGH, VERWALTUNGSGERICHTE

A. VERFASSUNGSGERICHTSHOF

11.06.2018, [V 13/2018](#)

StVO; Aufhebung von Bestimmungen einer VO betreffend **straßenpolizeiliche Maßnahmen** als gesetzwidrig mangels ordnungsgemäßer **Kundmachung** infolge signifikanter Abweichung des Aufstellungsorts der Straßenverkehrszeichen vom räumlichen Geltungsbereich der VO

12.06.2018, [E 2891/2017](#)

BFA-VG; Aufhebung des angefochtenen Beschlusses des BVwG wegen **Anwendung eines verfassungswidrigen Gesetzes**

14.06.2018, [V 11/2018](#)

VO des Bundesministers für Bildung, Wissenschaft und Kultur über den Ersatz von Prüfungsgebieten der Berufsreifeprüfung; Berufsreifeprüfungsg; Gleichheitswidrigkeit einer Regelung über die **Anerkennung von Abschlussprüfungen** an näher bestimmten Schulen als Teilprüfung „Fachbereich“ der Berufsreifeprüfung; formale Anknüpfung an „im Schulorganisationsgesetz geregelte“ Schulen ohne Prüfung der Gleichwertigkeit des Bildungsziels, des Unterrichtsausmaßes, der Pflichtgegenstände und der vermittelten Lehrinhalte sachlich nicht gerechtfertigt

14.06.2018, [G 57/2018 ua](#)

Wr Verwaltungsgericht-Dienstrechtsg; keine Gleichheitswidrigkeit der an Stichtage anknüpfenden Übergangsbestimmungen des Wr Verwaltungsgericht-Dienstrechtsg betreffend die **Überleitung von Mitgliedern des UVS Wien** zu Mitgliedern des VwG Wien; keine Bedenken gegen Einreihung Bediensteter der Gemeinde Wien in neue Dienstklassen mittels Beförderung

27.06.2018, [E 983/2018](#)

AsylG; Verletzung im Recht auf **Gleichbehandlung von Fremden untereinander** durch Nichtzuerkennung des **Status eines Asylberechtigten bzw subsidiär Schutzberechtigten** und Erlassung einer **Rückkehrentscheidung** sowie eines auf die Dauer von zehn Jahren befristeten Einreiseverbots mangels Begründung der – mündlich verkündeten – Entscheidung

27.06.2018, [E 2918/2016](#)

PersonenstandsG; EMRK; Anlassfall zu VfGH 15.06.2018, [G 77/2018](#)

B. VERWALTUNGSGERICHTSHOF

24.04.2018, [Ra 2018/03/0039](#)

LuftfahrtG; Verhängung einer Geldstrafe wegen **Durchführung von Landungen bzw Abflüge außerhalb eines Flugplatzes** ohne entsprechende Bewilligung; nach dem LuftfahrtG dürfen für ständige Abflüge und Landungen von Luftfahrzeugen grundsätzlich nur Flugplätze benützt werden (Flugplatzzwang), wobei von der zuständigen Behörde eine entsprechende Zivilflugplatz-Bewilligung zu erteilen ist; nicht am Flugplatz stattfindende Außenlandungen bzw Außenabflüge stellen grundsätzlich Ausnahmefälle dar, die nur aufgrund einer entsprechenden Bewilligung durchgeführt werden dürfen; ein „Stützpunkt“ eines Luftverkehrsunternehmens, von dem wiederkehrend Abflüge bzw auf dem wiederkehrend Landungen durchgeführt werden, kann nicht auf Grundlage einer Ausnahmegewilligung betrieben werden; in diesem Fall wäre von einer ständigen Benutzung auszugehen, sodass eine Zivilflugplatz-Bewilligung erforderlich wäre

18.05.2018, [Ra 2017/02/0079](#)

TierschutzG; von der **Kostenersatzpflicht für die Unterbringung in einem Tierheim** sind all jene Aufwendungen erfasst, die mit der Tierhaltung nach den Anforderungen des TSchG verbunden sind; dazu zählen auch Kosten für die ordnungsgemäße Versorgung des kranken oder verletzten Tieres, erforderlichenfalls unter Heranziehung eines Tierarztes; eine Tierhalterin oder ein Tierhalter hat sämtliche notwendigen Aufwendungen für die Haltung (Behausung, Fütterung, tierärztliche Betreuung) zu tragen, wenn sich ein Tier aufgrund einer gesetzlichen Anordnung in der Obhut von Behörden befindet

16.06.2018, [Ro 2018/03/0016](#)

ORF-G; mit § 31c Abs 1 ORF-G ist eine Regelung geschaffen worden, die den **fairen Wettbewerb** mit privaten Rundfunkveranstaltern vor allem auch beim Erwerb von Sportrechten durch den ORF sicherstellen soll; § 31c Abs 1 leg cit verbietet dem ORF daher, aus Programmengeld zufließende Mittel in einer zur Erfüllung des öffentlich-rechtlichen Auftrags nicht erforderlichen wettbewerbsverzerrenden Weise zu verwenden; allerdings dient § 31c Abs 1 leg cit nicht dazu, unterschiedliche Markt-macht zwischen öffentlich-rechtlichen und privaten Rundfunkanstalten in allgemeiner Art und Weise zu regulieren; die nach den wiedergegebenen Gesetzesmaterialien beihilfenrechtlich ausgerichtete Norm verfolgt vielmehr den spezifischen Zweck, eine Wettbewerbsverzerrung, die (unmittelbar) aus dem Einsatz von finanziellen Mitteln aus dem Programmengeld seitens des ORF entsteht, zu verhindern

C. VERWALTUNGSGERICHE

Keine relevanten Entscheidungen im Berichtszeitraum.

IV. GERICHTSHOF DER EUROPÄISCHEN UNION

A. GERICHTSHOF

[10.07.2018, Rs C-25/17, Jehovan todistajat](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung **personenbezogener Daten** – Richtlinie 95/46/EG – Anwendungsbereich dieser Richtlinie – Art 3 – Erhebung personenbezogener Daten durch Mitglieder einer **Religionsgemeinschaft** im Rahmen ihrer von Tür zur Tür durchgeführten Verkündigungstätigkeit – Art 2 Buchst c – Begriff ‚Datei mit personenbezogenen Daten‘ – Art 2 Buchst d – Begriff ‚für die Verarbeitung Verantwortlicher‘ – Art 10 Abs 1 der Charta der Grundrechte der Europäischen Union

[11.07.2018, Rs C-629/16, CX](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Internationaler Straßenverkehr** – Abkommen zur Gründung einer Assoziation zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Türkei – Art 9 – Zusatzprotokoll – Art 41 und 42 – Freier Dienstleistungsverkehr – Stillhalteklausele – Beschluss Nr 1/95 des Assoziationsrates EG–Türkei – Art 5 und 7 – Freier Warenverkehr – Nationale Regelung, die das Recht von **Güterbeförderungsunternehmen** mit Sitz in der **Türkei**, ihre Fahrzeuge auf dem Hoheitsgebiet des betreffenden Mitgliedstaats verkehren zu lassen, beschränkt – Verpflichtung, entweder eine Genehmigung, die im Rahmen eines Kontingents erteilt wurde, das in einem zwischen diesem Mitgliedstaat und der Türkei geschlossenen bilateralen Abkommen festgesetzt wurde, oder eine Genehmigung für eine einzelne Beförderung, an der ein erhebliches öffentliches Interesse besteht, einzuholen

[11.07.2018, Rs C-15/17, Bosphorus Queen Shipping](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Übereinkommen von Montego Bay – Art 220 Abs 6 – Durchsetzungsbefugnisse eines Küstenstaats – Zuständigkeit des Gerichtshofs für die Auslegung von Bestimmungen des **Völkerrechts** – Richtlinie 2005/35/EG – **Meeresverschmutzung** durch **Schiffe** – Art 7 Abs 2 – Marpol-Übereinkommen 73/78 – Öleinleitung in der ausschließlichen Wirtschaftszone durch ein auf der Durchfahrt befindliches fremdes Schiff – Voraussetzungen für die Einleitung eines Verfahrens gegen ein fremdes Schiff durch einen Küstenstaat – Freiheit der Schifffahrt – Schutz der Meeresumwelt – Schwere Schäden oder drohende schwere Schäden für die Küste, für damit zusammenhängende Interessen oder für Ressourcen des Küstenmeers oder der ausschließlichen Wirtschaftszone – Eindeutiger objektiver Beweis

[11.07.2018, Rs C-60/17, Somoza Hermo und Ilunión Seguridad](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Richtlinie 2001/23/EG – Art 1 Abs 1 – Übergang von Unternehmen – Art 3 Abs 1 – Wahrung von Ansprüchen der **Arbeitnehmer** – Eintritt in die Arbeitsverträge gemäß den Bestimmungen eines **Tarifvertrags** – Tarifvertrag, der für den Veräußerer und den Erwerber des Unternehmens die Verpflichtung ausschließt, gesamtschuldnerisch für die arbeitsvertraglichen Verpflichtungen, einschließlich der **Lohnzahlungsverpflichtungen**, zu haften, die vor dem Übergang dieses Unternehmens entstanden sind

[11.07.2018, Rs C-88/17, Zurich Insurance und Metso Minerals](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Justizielle Zusammenarbeit in Zivil- und Handelssachen – Verordnung (EG) Nr 44/2001 – **Gerichtliche Zuständigkeit** – Art 5 Nr 1 Buchst b zweiter Gedankenstrich – Zuständigkeit des Gerichts des Ortes, an dem die Verpflichtung erfüllt worden ist – Ort der Erbringung von Dienstleistungen – Vertrag über die **Beförderung von Gütern** von einem Mitgliedstaat in einen anderen – Aus mehreren Teilen bestehende und mit verschiedenen Transportmitteln zurückgelegte Strecke

[11.07.2018, Rs C-154/17, E LATS](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Steuerrecht – **Mehrwertsteuer** – Richtlinie 2006/112/EG – Art 311 Abs 1 Nr 1 – Sonderregelung für Gebrauchtgegenstände – Begriff ‚Gebrauchtgegenstände‘ – Gegenstände, die von einem Händler wiederverkaufte **Edelmetalle** oder **Edelsteine** enthalten – Verarbeitung dieser Gegenstände nach dem Verkauf – Wiedergewinnung von Edelmetallen oder Edelsteinen – Begriff ‚Edelmetalle oder Edelsteine‘

[11.07.2018, Rs C-192/17, COBRA](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Richtlinie 1999/5/EG – Gegenseitige Anerkennung der Konformität von **Funkanlagen** und **Telekommunikationsendeinrichtungen** – Vorliegen harmonisierter Normen – Pflicht des Herstellers, sich an eine benannte Stelle zu wenden – Anbringung der **Kennnummer** einer benannten Stelle

[12.07.2018, Rs C-540/16, Spika ua](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Gemeinsame **Fischereipolitik** – Verordnung (EU) Nr 1380/2013 – Art 16 Abs 6 und Art 17 – Zuteilung von Fangmöglichkeiten – Nationale Regelung, die eine auf objektiven und transparenten Kriterien beruhende Methode vorsieht – Ungleiche Wettbewerbsbedingungen für die Betreiber des Sektors – **Charta der Grundrechte** der Europäischen Union – Art 16 und 20 – Unternehmerische Freiheit – Gleichbehandlung – Verhältnismäßigkeit

12.07.2018, Rs C-14/17, VAR und ATM

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Öffentliche Aufträge** – Richtlinie 2004/17/EG – Art 34 – Lieferung von Ersatzteilen für Omnibusse und Oberleitungsbusse – Technische Spezifikationen – Gleichwertige Erzeugnisse – Möglichkeit zur Erbringung des Nachweises der Gleichwertigkeit nach Zuschlagserteilung

12.07.2018, Rs C-89/17, Banger

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Unionsbürgerschaft** – Art 21 AEUV – Recht der Unionsbürger, sich im Unionsgebiet frei zu bewegen und aufzuhalten – Richtlinie 2004/38/EG – Art 3 Abs 2 Unterabs 1 Buchst b – **Lebenspartner**, mit dem der Unionsbürger eine ordnungsgemäß bescheinigte dauerhafte Beziehung eingegangen ist – Rückkehr in den Mitgliedstaat, dessen Staatsangehörigkeit der Unionsbürger besitzt – Antrag auf Erteilung einer **Aufenthaltsurlaubnis** – Eingehende Untersuchung der persönlichen Umstände des Antragstellers – Art 15 und 31 – Wirksamer Rechtsschutz – Charta der Grundrechte der Europäischen Union – Art 47

12.07.2018, verb Rs C-397/17 und C-398/17, Profit Europe

Vorlage zur Vorabentscheidung – Verordnung (EWG) Nr 2658/87 – **Zollunion** und Gemeinsamer **Zolltarif** – **Tarifierung** – Kombinierte Nomenklatur – Unterpositionen 7307 11 10, 7307 19 10 und 7307 19 90 – Rohrformstücke, Rohrverschlussstücke und Rohrverbindungsstücke aus Gusseisen mit Kugelgrat

B. SCHLUSSANTRÄGE

11.07.2018, Rs C-272/17, Zyla (GA Campos Sánchez-Bordona)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Arbeitnehmerfreizügigkeit** – Gleichbehandlung – **Einkommensteuer** – **Sozialversicherungsbeiträge** – Gutschrift bei Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen – Arbeitnehmer, der seinen Wohnsitz während des Kalenderjahrs verlegt – Proportionale Berechnung der Gutschrift im Verhältnis zum Versicherungszeitraum

12.07.2018, Rs C-221/17, Tjebbes ua (GA Mengozzi)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Unionsbürgerschaft** – Art 20 AEUV – Art 7 und 24 der **Charta der Grundrechte** der Europäischen Union – Staatsangehörigkeit eines Mitgliedstaats und eines **Drittstaats** – Verlust der Staatsangehörigkeit des Mitgliedstaats aufgrund eines Aufenthalts außerhalb der Union während eines ununterbrochenen Zeitraums von zehn Jahren – Einheitlichkeit der Staatsangehörigkeit innerhalb der Familie – Wohl des Kindes

12.07.2017, Rs C-238/17, Renerga (GA Szpunar)

Vorabentscheidungsersuchen – **Elektrizitätsbinnenmarkt** – Richtlinie 2009/72/EG – Art 3 Abs 2 – Gemeinwirtschaftliche Verpflichtungen – Art 3 Abs 6 – Ausgleichszahlung – Art 3 Abs 15 – Verpflichtung der Mitgliedstaaten, die Kommission über alle getroffenen Maßnahmen zur Gewährleistung der **Grundversorgung** und Erfüllung gemeinwirtschaftlicher Verpflichtungen zu unterrichten – Art 36 Buchst f – Regulierungsbehörde

12.07.2017, Rs C-495/17, Cartrans Spedition (GA Sharpston)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Mehrwertsteuer** – Richtlinie 2006/112/EG – Art 146 Abs 1 Buchst e und Art 153 – Steuerbefreiungen – Beförderungsleistungen im Zusammenhang mit der Ausfuhr von Gegenständen – Beweis, dass die beförderten Gegenstände aus dem Unionsgebiet ausgeführt wurden – Durch das **Zollübereinkommen** über den internationalen Warentransport geschaffenes System – Carnets TIR

C. GERICHT

11.07.2018, T-643/13, Rogesa / Kommission

Zugang zu Dokumenten – Verordnung (EG) Nr 1049/2001 – System für den Handel mit **Treibhausgasemissionszertifikaten** – Antrag auf Zugang zu den Informationen über die Ermittlung der 10 % effizientesten Anlagen der Stahlindustrie – Verweigerung des Zugangs – Ausnahme zum Schutz der geschäftlichen Interessen eines Dritten – Überwiegendes öffentliches Inte-

resse – Verordnung (EG) Nr 1367/2006 – Begriff der Informationen, die Emissionen in die Umwelt betreffen – Einhaltung der Fristen

[11.07.2018, T-13/17, Europa Terra Nostra / Parlament](#)

Institutionelles Recht – Europäisches Parlament – Beschluss, mit dem einer **politischen Stiftung** eine **Finanzhilfe** gewährt wird – Vorfinanzierung in Höhe von 33 % des Höchstbetrags der gewährten Finanzhilfe – Obliegenheit, eine Bankbürgschaft für die Vorfinanzierung zu stellen – Haushaltsordnung – Anwendungsbestimmungen für die Haushaltsordnung – Verordnung (EG) Nr 2004/2003 über die Regelungen für die politischen Parteien auf europäischer Ebene und ihre Finanzierung – Verhältnismäßigkeit – Ermessensmissbrauch

[11.07.2018, T-16/17, APF / Parlament](#)

Institutionelles Recht – Europäisches Parlament – Beschluss, mit dem einer **politischen Partei** eine **Finanzhilfe** gewährt wird – Vorfinanzierung in Höhe von 33 % des Höchstbetrags der gewährten Finanzhilfe – Obliegenheit, eine Bankbürgschaft für die Vorfinanzierung zu stellen – Haushaltsordnung – Anwendungsbestimmungen für die Haushaltsordnung – Verordnung (EG) Nr 2004/2003 über die Regelungen für die politischen Parteien auf europäischer Ebene und ihre Finanzierung – Verhältnismäßigkeit – Ermessensmissbrauch

[11.07.2018, T-54/17, CLF / Parlament](#)

Institutionelles Recht – Europäisches Parlament – Beschluss, mit dem einer **politischen Partei** eine **Finanzhilfe** gewährt wird – Vorfinanzierung in Höhe von 33 % des Höchstbetrags der gewährten Finanzhilfe – Obliegenheit, eine Bankbürgschaft für die Vorfinanzierung zu stellen – Haushaltsordnung – Anwendungsbestimmungen für die Haushaltsordnung – Verordnung (EG) Nr 2004/2003 über die Regelungen für die politischen Parteien auf europäischer Ebene und ihre Finanzierung – Verhältnismäßigkeit – Gleichbehandlung

[11.07.2018, T-57/17, Pegasus / Parlament](#)

Institutionelles Recht – Europäisches Parlament – Beschluss, mit dem einer **politischen Stiftung** eine **Finanzhilfe** gewährt wird – Vorfinanzierung in Höhe von 33 % des Höchstbetrags der gewährten Finanzhilfe – Obliegenheit, eine Bankbürgschaft für die Vorfinanzierung zu stellen – Haushaltsordnung – Anwendungsbestimmungen für die Haushaltsordnung – Verordnung (EG) Nr 2004/2003 über die Regelungen für die politischen Parteien auf europäischer Ebene und ihre Finanzierung – Verhältnismäßigkeit – Gleichbehandlung

[12.07.2018, T-441/14, Brugg Kabel und Kabelwerke Brugg / Kommission](#)

Wettbewerb – Kartelle – Europäischer Markt für **Stromkabel** – Beschluss, mit dem eine Zuwiderhandlung gegen **Art 101** AEUV festgestellt wird – Einheitliche und fortgesetzte Zuwiderhandlung – Nachweis der Zuwiderhandlung – Dauer der Beteiligung – Offene Distanzierung – Berechnung der Geldbuße – Schwere der Zuwiderhandlung – Befugnis zu unbeschränkter Nachprüfung

[12.07.2018, T-356/15, Österreich / Kommission](#)

Staatliche Beihilfen – Vom Vereinigten Königreich geplante staatliche Beihilfe zugunsten des **Kernkraftwerks Hinkley Point C** – ‚Contract for Difference‘, ‚Secretary of State Agreement‘ und Kreditgarantie – Beschluss, mit dem die Beihilfe für mit dem Binnenmarkt vereinbar erklärt wird – Art 107 Abs 3 Buchst c AEUV – Ziel von allgemeinem Interesse – Förderung der Kernenergie – Erforderlichkeit eines Eingreifens des Staates – Garantiemitteilung – Bestimmung des Beihilfelements – Verhältnismäßigkeit – Investitionsbeihilfe – Betriebsbeihilfe – Recht auf Äußerung – Verfahren zur Vergabe eines öffentlichen Auftrags – Begründungspflicht

[12.07.2018, T-41/17, Lotte / EUIPO - Nestlé Unternehmungen Deutschland \(Représentation d'un koala\)](#)

Unionsmarke – Widerspruchsverfahren – Anmeldung einer **Unionsbildmarke**, die Koalas darstellt – Ältere nationale dreidimensionale Marke ‚KOALA-BÄREN Schöller lustige Gebäckfiguren‘ – Art 42 Abs 2 und 3 der Verordnung (EG) Nr 207/2009 (jetzt Art 47 Abs 2 und 3 der Verordnung [EU] 2017/1001) – Nachweis der ernsthaften Benutzung der älteren Marke – Abänderungsbefugnis

V. EUROPÄISCHER GERICHTSHOF FÜR MENSCHENRECHTE

10.07.2018, Beschwerde Nr [46713/10](#) und [57316/10](#), *Bakır ua / Türkei*

Verletzung von Art 10 EMRK (Meinungsäußerungsfreiheit); **Verurteilung** von dreizehn Demonstranten (Bf) zu **Haftstrafen** zwischen acht Monaten und zwei Jahren wegen der Mitgliedschaft in einer illegalen Organisation oder der Verbreitung von terroristischer Propaganda; Auslegung der Strafnormen zum Nachteil der Bf; keine **ausreichende Begründung**, warum das Verhalten der Bf terroristische Propaganda dargestellt habe; Bf erhielten Entschädigungen zwischen EUR 3000,- und EUR 7500,-

12.07.2018, Beschwerde Nr [22008/12](#), *Allègre / Frankreich*

Keine Verletzung von Art 6 EMRK (Recht auf ein faires Verfahren); **keine Möglichkeit** für die Bf, nach Einstellung des Verfahrens **Privatanklage** vor den Strafgerichten zu erheben; Unzulässigkeit der Privatanklage aufgrund einer **Änderung der Rsp** des Kassationsgerichts; **Änderung** der Rsp war **nicht unvorhersehbar**; **keine Verletzung** von Art 6 EMRK

[Newsletter ÖER Aktuell kostenlos abonnieren](#)

[Rundbrief Polizeirecht Aktuell kostenlos abonnieren](#)

DISCLAIMER

Bundesgesetzblatt: BGBl I vollständig; im Übrigen erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

Amtsblatt der EU: Aufgenommen werden sämtliche „Gesetzgebungsakte“; bei den „Rechtsakten ohne Gesetzescharakter“ sowie den „Mitteilungen und Bekanntmachungen“ erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

Verfassungsgerichtshof: Erkenntnisse (mit Ausnahme von „Serien“) vollständig, bei den Beschlüssen erfolgt eine Auswahl nach Relevanz.*

Verwaltungsgerichtshof und Verwaltungsgerichte: Auswahl nach Forschungsschwerpunkten der Institute (insb Baurecht, Energierecht, Gewerberecht, Hochschulwesen, Polizeirecht, Raumordnung, Technikrecht, Umweltrecht, Verwaltungsverfahren, Verwaltungsstrafrecht, Verwaltungsgerichtsbarkeit, Entscheidungen mit europarechtlicher Relevanz), Aktualität und Relevanz.

Gerichtshof der EU: Vollständige Auflistung der Urteile und Schlussanträge.*

Gericht der EU: Aufgenommen werden sämtliche Urteile mit Österreich-Bezug sowie Nichtigkeitsklagen gem Art 263 AEUV.*

Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte: Urteile der Großen Kammer vollständig, Urteile und Beschlüsse einer Kammer mit Österreich-Bezug vollständig, sonstige Entscheidungen nach Aktualität und Relevanz.

* Die amtliche Auswertung (Leitsätze) des jeweiligen Gerichts wird wörtlich übernommen.

IMPRESSUM

Herausgeber/Medieninhaber: Institut für Europarecht, Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre, Johannes Kepler Universität Linz, Altenberger Straße 69, A-4040 Linz.

Redaktion: Assoz. Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler, Univ.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer (Leitung), Univ.-Ass. Mag. Sandra Grafeneder LL.B., Hofrat Dr. Alfred Grof (LVwG Oberösterreich), Univ.-Ass. Mag. Claudia Höbarth, Univ.-Ass. Mag. Vaheen Said, Univ.-Ass. MMag. Ranjana Achleitner, Univ.-Ass. Mag. Sarah Heiml, Univ.-Ass. Mag. Marlene Haderer, Wiss.-Mit. Clara Buder.

Hinweis: Es wird darauf hingewiesen, dass alle Angaben im Newsletter ÖER Aktuell trotz sorgfältiger Bearbeitung ohne Gewähr erfolgen und eine Haftung der Herausgeber, der Redaktion oder sonstiger Personen ausgeschlossen ist.